

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich monatlich 80 Pf. Post die Post bezogen einschließlich N. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. — Gehört tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Dr. Zwingenstraße 14, II. Tel. 3466.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Dr. Zwingenstraße 14. Tel. 1789.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6-spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 131.

Dresden, Dienstag den 10. Juni 1913.

24. Jahrg.

Eine Massenversammlung in Frankfurt legte gegen die Freilassung des Reichstagspräsidenten Brandenburg Protest ein.

Die schlesischen Kriegervereine erklären, daß ihre Gefühle durch das Hauptmannsche Jahrbuchbeispiel aufs tiefste verletzt werden.

Die Krise unter den Balkanverhältnissen hat sich gefährlich verschärft.

Spanien steht sich gezwungen, neue Truppen nach Marokko zu entsenden.

## Vor der zweiten Lesung der Militärvorlage

Heute steht die zweite Lesung der Militärvorlage auf der Tagesordnung des Reichstags. Nachdem die gegensätzlichen Anschauungen aufs schärfste aufeinander stießen, nochmals werden die Gegner der zünftigen Abänderungen ihr Bestes aufbieten, um die Verfechtung und Verderblichkeit dieser maßlos gesteigerten Kriegsvorbereitungen darzulegen.

Unsere Fraktionsgenossen im Reichstage können gegenüber den bewilligungsbereiten parlamentarischen Parteien den Nachweis liefern, daß die Entwicklung der internationalen Verhältnisse seit der Einbringung der Militärvorlage in vollem Maße das bestätigt hat, was von unserer Seite in dieser Beziehung vorangelegt wurde. Sie können die Scheingründe, die man von den Veränderungen auf dem Balkan, von der „flawischen Gefahr“, von dem französischen Chauvinismus hergeleitet werden hat, auf dem Verlauf der Geschehnisse in den letzten Monaten in ihrer Nichtigkeit offenbar machen. Sie werden die verhängnisvollen Folgen dieser neuen Abänderungen Deutschlands für ganz Europa erkennen und sie werden statt der einzigen Neubelastungen für alle Völker, statt der neuen ungeheuren Opfer an Gut und Blut für die Politik der Unterwerfung und der Versündigung unter den Kulturvölkern mit aller Kraft einreten.

Ferner aber werden unsere Genossen im Reichstage dem Militarismus auch ihre Gegenrechnung stellen. Sie werden die bürgerlichen Parteien aufs äußerste brandmarken, wenn sie diese Gelegenheit nicht mit uns benutzen, um wenigstens Reformen in unserem Heereswesen durchzuführen. Wenn schon so gewaltige neue Anforderungen an das deutsche Volk gestellt und durchgeführt werden sollen, so müßte mindestens zugleich mit den schlimmsten Ungerechtigkeiten, die das heutige Verrechtlichungssystem erfüllen und schänden, ausgeräumt werden.

Schließlich wird noch von besonderer Wichtigkeit in den neuen kommenden Endkämpfen um die Militärvorlagen die Frage der Kostendeckung bilden. Es ist den vierjährigen Verhandlungen der Sozialdemokratie gelungen, die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu nötigen, daß sie jetzt die einmaligen

Ausgaben der Wehrvorlage durch den Wehrbeitrag, den die wohlhabenden Schichten zahlen, decken müssen.

Aber unerlässlich ist die wichtigere Frage, auf welche Art die dauernden Ausgaben gedeckt werden sollen.

Am Schluß der Montagssitzung des Reichstages gab es eine Geschäftsordnungsdebatte, in der sich wiederum die tiefe Angst der schwarzblauen Parteien zeigte, daß es zu einer ihnen nicht liebsten Regelung der dauernden Kostendeckung kommen könne. Als der Präsident Dr. Kaempf den Vorschlag machte, am Dienstag mit der zweiten Lesung der Militärvorlage zu beginnen, da erhoben sich nacheinander Dr. Spahn für das Zentrum, Graf Westarp für die Konservativen und Abg. Schulz für die Freikonservativen, um Erklärungen abzugeben, daß ihre Parteien auf der Erledigung der Steuervorlage vor Verabreichung der Militärvorlage bestehen wollten. Die Erklärung des Zentrums wiederholt ausdrücklich die bereits in der Budgetkommission ausgesprochene Drohung, daß das Zentrum seine Stellung zur Wehrvorlage abhängig machen wolle „von der Art und Weise, wie die Deckungsfrage gelöst wird“.

So schrien sich Zentrum und Konserve nicht vor der Blamabellenselbstenttarnung ihres neudisziplinären Patriotismus. Wenn, so erklären diese „nationalen Parteien“, die Steuern nicht so gemacht werden, wie es uns gefällt, dann werden wir die Militärvorlage ablehnen.

Es beruht sich, daß die Sozialdemokratie gern bereit ist, den schwarzblauen Gelegenheiten zu geben zur Verwirklichung ihrer Drohungen. Und sollte es willkommen sein, wenn die Schwarzblauen mit uns die Militärvorlage zu Fall bringen und nach in diesem Hochsommer einen neuen großen Reichstagswahlkampf herbeiführen würden, in dem die elende Steuerherrschaft der Patriotenpartei die Parole abgeben würde. Aber man darf annehmen, daß die Drohungen der Schwarzblauen doch nur den Zweck haben, einen Druck auf die Nationalliberalen auszuüben, daß diese in der Steuerfrage sich von der Anlehnung an die Sozialdemokratie lösen und mit ihnen selbst eine dem Volk günstige Steuerlösung herbeiführen helfen.

Die politische Atmosphäre ist äußerst gespannt. Festige Kämpfe und große Entscheidungen stehen bevor.

Heber den Verlauf des übrigen Teils der Sitzung wird uns aus dem Reichstag geschrieben:

Schon war die Sitzung kleineren Vorlesungen gewidmet. Der Gegenstand über die Zahlung von Tagelohnern an die Schiffe und Heizer usw. wurde angenommen, nachdem unter Senatspräsident ausgeführt wurde, daß man der letzte Scheingrund für die Richtungsänderung von Arbeiter und Arbeiterfreier usw. zum Richtertum gefaßt sei und man sich bei der Fortbildung der Arbeiter vom Schiffe und Seemannsamt nicht mehr auf angebliche Rücksichtnahme berufen könne, die man der materiellen Situation der Arbeiter, ihrem Verdienstverhältnis, schulde. Staatsminister Leco sagte aus die Fortsetzung unserer Redner zu, daß der Bundesrat diese Tagesgebehr für alle Schiffe und Seemannsamt gleich doch festsetzen werde.

Eine Zahlreidänderung gab unseren Genossen Reutert und

Saubert Gelegenheit, den sibirischen Kleinstaatenjammern zu kennzeichnen.

An eine Kommission überwiesen wurde auf Antrag unseres Genossen Landsberg ein Gesetz, das ausspricht, daß Wechselrechte im Ausland durch die Verhängung von Zahlungsbeschränkungen auf Zeit (Moratorien) nicht erlöschen, sondern nur erstreckt werden sollen.

## Verschiebung der Deckungsvorlagen?

Die Leipziger Zeitung bringt ein aus Berlin datiertes Telegramm, in dem angeblich „auf Grund besser Information“ erklärt wird, daß, wie auch bereits von anderer Seite gemeldet wurde, der Reichskanzler sowohl eine Reichsvermögensteuer wie eine Reichseinkommensteuer entschieden ablehnen werde, dann aber heißt es:

Was die Beratungen des Reichstages anlangt, so wird, wie wir hören, die Reichsleitung darauf bestehen, daß die Wehrvorlage und mindestens der Wehrbeitrag vor dem 1. Juli verabschiedet werden. Grundlegend verlangt die Reichsleitung auch die Erledigung der übrigen Deckungsvorlagen, wegen der vorgerückten Zeit wird man sich aber vielleicht allseitig damit begnügen, die Angelegenheit so weit zu klären, daß die Art der zu wählenden Steuern festgelegt wird, während die Beratung im einzelnen der Herbsttagung überlassen würde.

Wenn es nur nicht so unklar wäre, ob und wann einmal die „Angelegenheit“ so weit geklärt sein wird, wie es die Reichsleitung wünscht.

## Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission

In der Montagssitzung wurde die Beratung des Wehrbeitrags fortgesetzt. Dazwischen Sitzung (s. S. 2) die Einkommen aus den Vermögensgegenständen sind mit dem Wehrbeitrag der jährlichen Einkommen zu veranschlagen. Die Sozialdemokraten betonen, daß solche Einkommen eigentlich noch höher veranschlagt werden müßten. Der Wert von Renten oder anderen, auf die Verrentung einer Person bedingten Auslagen und Leistungen wird nach dem Lebensalter bestimmt. Als Wert wird angenommen bei einem Alter von 1 bis 13 Jahren das 1/10, von 15 bis 25 Jahren das 1/8, von 27 bis 35 Jahren das 1/6, von 37 bis 45 Jahren das 1/5, von 47 bis 55 Jahren das 1/4, von 57 bis 65 Jahren das 1/3, von 67 bis 75 Jahren das 1/2, von 77 bis 85 Jahren das 2/3, von 87 bis 95 Jahren das 3/4, von 97 bis 100 Jahren das 1. Im Entwurf wird bestimmt, daß eine Erklärung über das Vermögen abgegeben muß, wer ein Vermögen von mehr als 10 000 M. besitzt. Die Konservepartei wünschten, daß diese Erklärung erst bei einem Vermögen von 50 000 M. abgegeben werden soll. Die Sozialdemokraten traten für die Abgrenzung der Einkommen ein, die von bürgerlicher Seite angebracht wird. Die Veranschlagungswerte würden eine ungenügende Schwere werden. Die Volkspartei wünschten, die Einkommensgrenze bei 10 000 M. festzusetzen zu lassen. Die Nationalliberalen beantragten, diese Einkommensgrenze bei 5000 M. festzusetzen zu lassen; falls aber ein Einkommen von 5000 M. vorhanden ist, beginnt die Einkommensgrenze schon bei 10 000 M. Der sozialdemokratische Antrag wurde die Zustimmung zum nationalliberalen Antrag ausgesprochen, während die Konservepartei ihre ursprüngliche Stellungnahme sich vorbehalten. Unsere Genossen und die Volkspartei forderten, daß Bestimmungen darüber getroffen werden, die den Wehrbeitragspflichtigen auch die Einkommensgrenze über ihr Vermögen und Einkommen auferlegt. Der nationalliberale Antrag wurde gegen die konservepartei Stimmen und gegen ein paar Stimmen des Zentrums angenommen; der konservepartei Antrag fand Ablehnung. Nach § 44 des Entwurfs sind die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet, den Veranlagungsbehörden Auskunft über die

## Wirtschaftspolitische Einigungsbewegungen in Deutschland vor 100 Jahren.

(Zum Jubiläum des Jahrzehnts der Freiheitskriege.)

In der offiziellen Geschichtsschreibung erscheint der bürgerliche Aufbruch von 1813 und den folgenden Jahren als ein Zeitalter der abstraktesten — oder, wie der geläufige Ausdruck lautet, „idealen“ — deutschen nationalen Begeisterung. Das bürgerliche Deutschland jener Zeit war nach dieser Auffassung nicht aus bestimmten politischen, gesellschaftlichen und vorwiegend wirtschaftlichen Interessen heraus, nicht unter dem Zwang materieller Bedürfnisse, sondern ausschließlich, weil es eben national sein wollte und weil national sein so schön ist.

Es ist nun keine Frage, daß der deutsch-nationale Idealismus jener Tage die abstraktesten Formen annahm, daß dieser deutsch-nationale Idealismus, zumal bei der intellektuellen Jugend der Zeit, dem bürgerlich-kleinbürgerlichen Studententum, sich oft nur in der Form eines romantischen Gefühlswortwechsels, einer allgemeinen Verneinung der nationalen Idee gezeigt hat. Daran ist gar nicht zu zweifeln.

Wenn es ist für eine objektive, auf das Sachliche Tatsächliche eingestellte historische Kritik eine Heberfrage, was die Zeit von sich selber gedacht hat, wie sie sich selber im Spiegel ihrer schwärmerischen Selbstregenerationen betrachtet hat. Es gilt auch von dem Jahrzehnt der Freiheitskriege das, was Marx in seiner Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ 1869 als einen Hauptmangel geschichtlicher Darstellungen ausgesprochen hat:

„So wenig man das, was ein Jubiläum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Jubiläumsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern man vielmehr die Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktionskräften und Produktionsverhältnissen erklären.“

Um solcher Widerspruch war damals, im Jahrzehnt der Freiheitskriege und der nachfolgenden innerpolitischen Freiheits-

bewegungen, insofern vorhanden, als sich das wirtschaftlich emporkommende deutsche Völkchen durch die engen Verhältnisse der deutschen Kleinrenter und das mit ihr gegebene unerschöpfliche Wirtschaftssystem wie erstickt fühlte. Das Wirtschaftssystem entsprach und entsprach dem Zeitalter einer lokalen Kleinrenterproduktion und eines patriarchalischen städtischen Kapitalismus, dem Ziele nur Kleinrenter, Kleinrenter waren. Mit diesem System konnte sich nur die emporkommende, der kapitalistischen Produktionsweise zureichende bürgerliche Gesellschaft Deutschlands umgehen abfinden. Die Befreiung der innerweltlichen Bindungen war für diese bürgerliche Gesellschaft eine Lebensfrage, eine bedingungslose Notwendigkeit. Das Zeitalter der romantischen Revolution und ihres Erben Napoleon hatte auch für große Teile Deutschlands die Gewerbefreiheit gebracht. Die Befreiung der benachteiligten Wirtschaft, die Schaffung eines nationalen Wirtschaftsgebietes, so selbst der Übergang zur Bildung internationaler Wirtschaftsgebiete waren eine notwendige Ergänzung der Gewerbefreiheit und der mit ihr auch in Deutschland entstehenden kapitalistischen Konkurrenz.

Selbstern Bollangelegenheiten in einem weiteren Sinn noch unmittelbar zu den Produktionsverhältnissen, das heißt eben zu den Verhältnissen, unter denen die Wirtschaft produziert, so gehören die Fragen der Staatsverfassung nur noch mittelbar zu ihnen. Aber die Frage der Staatsverfassung ist für die Wirtschaft darum, weil sie die Wirtschaft vor indirekt bedrückt, noch lange nicht unwesentlich. So drängte das Jahrzehnt der Freiheitsbewegungen — der Freiheitsbewegungen nach außen wie nach innen — nicht nur nach der Schaffung größerer Wirtschaftsgebiete, sondern auch nach der Schaffung parlamentarischer Verfassungssysteme. Das emporkommende Völkchen wollte an der Gesetzgebung teilnehmen und von da aus die wirtschaftliche Gesetzgebung wie die Staatsgesetzgebung, das staatliche Verfassungssystem, Steuererhebung und Einnahmeverwaltung in den Bereich seines Einflusses ziehen.

Das waren die Forderungen des Jahrzehnts: Befreiung dringender Bedürfnisse und Schaffung bürgerlicher Parlamente. Diese Forderungen waren nicht nur objektiv — als Zielnotwendigkeiten — vorhanden. Sie waren auch einer objektiven Analyse der Verhältnisse als Zielnotwendigkeiten vollkommen klar und im Volk und

Wunde dieser Zeitgenossen wurden sie zu formulierten Forderungen einzelner Männer — bald zu den wirtschaftspolitischen und verfassungspolitischen Programmen einer Parteibewegung.

Nun ist es im allgemeinen bekannt (s. die einfaches Schlagwort politischer Ideologien erzeugen die Menschheit mehr, wodurch mehr Sensation, mehr Rärm als etwa bestimmt ungeschickte wirtschaftspolitische Einzelmaßnahmen. Aber dennoch bleibt die bestimmungsmäßig politische Einigungsbewegung der tragende Untergrund. Wenn die politischen Ideologien sich selber tragen müßten, wäre es um den Fortschritt der Dinge schlimm bestellt. Politische Ideologien sind die Formen, innerhalb denen die politische Begeisterung, das politische Gefühlswort zum Selbstbewußtsein kommt — die Formen, durch die das Politische hindurch geht. Aber der materielle Grund, der alles trägt, ist schließlich doch die politische wirtschaftliche Notwendigkeit und Fortbewegung in ihrer ganzen materiellen Schwere und Schwerevollständigkeit.

Die politischen Ideologien des Jahrzehnts der Freiheitskriege, wie sie sich in der idealistisch überhöhten Kriegsbegeisterung von 1813, 1814 und 1815, in dem anfänglichen Nationalgefühl, in der bis zum Romantischen getriebenen Einigungsbewegung, in der Freiheitsbewegung und im Zusammenhang der akademischen Jugend befanden — diese Ideologien waren allen viel eher bewußt, als die ökonomisch-politischen Tatsächlichkeiten, die sich dahinter verbargen, weil eben Ideologien viel eher an das Allgemeineren anknüpfen als die konkreten Forderungen, die sich mehr an den rein sachlichen Intellekt der politischen Fachmänner wenden. So widerhallte Deutschland von ideologischen Schlagworten wie Einheit, Freiheit und Vaterland. Meist unbedacht, zumellen mit Bewußtsein herbeigelegten die Auser dieser Worte die konkreten Forderungen, die dem emporkommenden Völkchen als ökonomisch-sozialer Klasse hellbar waren: Forderungen wie die nach parlamentarischen Verfassungen, und Fortbewegung wie die nach der Schaffung großzügiger Wirtschaftsgebiete. Die Fortbewegung parlamentarischer Verfassungen — eine Fortbewegung von mehr mittelbarer Bedeutung — war unter diesen beiden Forderungen die der zeitgenössischen Menschheit geläufigere, wieviele von den jugendlichen Freiheitskämpfern aber auch von Vögeln und Pantern dieselbe nur die wenigsten Instanzen waren, die allgemeine Fortbewegung der Freiheit und der Fortbewegung durch eine konkrete Befreiung von der

Wirtschaft

Wirtschaft